

<p style="text-align: center;">SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Anfrage Nr. 1566/2011)</p>

Eingereicht am 16.08.2011 um 09:38 Uhr.

Ratsversammlung 01.09.2011

Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Auswirkungen der geplanten Kürzungen des Bundes im Bereich Jugendberufshilfe

Die Stadt Hannover kofinanziert derzeit mit knapp 1,7 Mio. € jährlich die Förderung von Jugendlichen mit Ausbildungshemmnissen. Wer ohne Schulabschluss ist, oder Hilfe bei der Bewältigung individueller sozialer Probleme benötigt, findet bei insgesamt achtzehn Maßnahmen verschiedener freier und öffentlicher Träger Unterstützung und wird durch geeignete Qualifizierungsmaßnahmen auf das Berufsleben vorbereitet. Zu den Trägern gehören u.a. die Caritas, der Stadtkirchenverband, das Diakonische Werk, die Arbeiterwohlfahrt oder die Pro Beruf GmbH. Viele dieser Maßnahmen wären in durch die geplanten Kürzungen in ihrer Existenz bedroht.

Wir fragen deshalb die Verwaltung:

- 1) Wie viele Jugendliche ohne Schulabschluss oder anderen Ausbildungshemmnissen wurden in den vergangenen Jahren fünf Jahren in den Jugendwerkstätten im Stadtgebiet Hannover?
- 2) Welche Konsequenzen hätten die geplanten Kürzungen für die genannte Zielgruppe und die Träger der Maßnahmen?
- 3) Wird die Landeshauptstadt Hannover auf die Bundesregierung Einfluss nehmen, um die Arbeit der Jugendwerkstätten langfristig zu sichern?

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Hannover / 17.08.2011